

DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Politik ist Ende März in den Hintergrund geraten angesichts des Auftretens zahlreicher Erkrankungen durch ein neuartiges Coronavirus. Jetzt sollten wir in erster Linie den Anweisungen durch die Behörden Folge leisten, um einer weiteren Ausbreitung entgegen zu wirken. Ältere Menschen sind besonders gefährdet und bedürfen eventuell unserer Unterstützung. Bitte fragt der Nachbarschaft, in Unterstützung erforderlich ist. Es gibt auch viele andere Probleme. Die vielen Hamsterkäufe sind einfach unsolidarisch und sollten eingedämmt werden. Schlimm, dass die Ärmsten in der Gesellschaft durch die Tafeln nicht zusätzlich werden versorgt können, da viele Regale in den Geschäften leer sind. Spontan haben sich Spender gefunden, die den Verein der Dessauer Tafel unterstützen. Die Sorge besteht auch, was mit den obdachlosen Menschen passiert, die ebenfalls gefährdet sind.

Solidarität ist jetzt wichtig! Bleibt gesund!

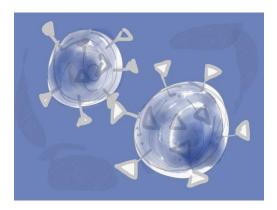
Viel Spaß beim Lesen wünschen

Christine Walther, Daniel Kutsche, Daniela Koppe, Robert Hartmann, Joachim Volger und Daniel André Bräsecke

Stadtgesellschaft, Solidarität und das Corona-Virus

Robert Hartmann

Aktuell erleben wir jeden Tag neue Meldungen. Gesprächsthemen haben sich auf die Folgen und den Umgang mit dem Corona-Virus fokussiert. Schulen und KITA's sind geschlossen, Veranstaltungen werden abgesagt, auch die kommunalpolitischen Gremien tagen nicht mehr. Es wird von Risiken gesprochen, die jeder einzelne unterschiedlich wertet. Es gibt Angst oder Gelassenheit. Es besteht aber ein Zwang, sich auf die Situation einzustellen. Die Sicht auf unseren Alltag ist plötzlich eine andere. Viele Firmen und beruflich Selbstständige stehen aktuell in einer wirtschaftlich schwierigen Lage.



Die globalen Zusammenhänge werden durch die Pandemie deutlicher wahrgenommen, einerseits sind es die Übertragungswege, anderseits die Handelswege, die Wertschöpfungsketten und letztendlich hängt alles zusammen. Der Virus ist ein Naturphänomen und der Mensch muss lernen damit umzugehen.

Einerseits gibt es die Erwartungshaltung, dass die Verwaltung oder die Politik für klare Anweisungen und Vorschriften sorgen soll. Andererseits wird eine Abwägung und realistisches Einschätzen der jeweiligen Risiken erwartet. Es ist unmöglich, exakte Vorgaben im Schubladen zu haben. Jede Entscheidung hat Folgen, letztlich sind es immer Kettenreaktionen. Der Umgang mit dem Virus ist eine naturwissenschaftliche und eine gesellschaftliche Aufgabe. Beides ist untrennbar verbunden und jede Pandemie erfordert dafür angepasste Entscheidungen. Das kompetente Auftreten eines Wissenschaftlers oder Politikers in den Medien hat einen Einfluss darauf, wie Bürger*innen die Risiken bewerten.

Deshalb sollte stets darauf geachtet werden, von verlässlichen Quellen und von fachlich qualifizierten Personen die Informationen aufzunehmen. Handelnde Akteure sollten ein ehrliches, fachlich fundiertes und aufrichtiges Auftreten besitzen. Für eine Stadtgemeinschaft heißt es, aus sachlichen Erwägungen heraus Verantwortung zu tragen. Hier ist jeder Einzelne gefordert, seiner Verantwortung gerecht zu werden um in solcher Situation das Richtige zu tun. Solidarität ist zur Zeit oberstes Gebot. Es gilt dort zu helfen wo es erforderlich ist und dabei so zu agieren, dass durch die Hilfe selbst die Verbreitung des Virus nicht verstärkt wird. Wir sollen auch an die Menschen denken, die durch die Pandemie in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Auch hier ist die Gesellschaft gefordert Unterstützung zu geben und Solidarität walten zu lassen.

Unser Grundverständnis ist, dass wir in einer freiheitlichen Gesellschaft leben, wo Verantwortung ein gemeinschaftliches Gut ist. Dazu gehört auch Vertrauen zu haben in Entscheidungsträger, die aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und aus der Abwägung zwischen möglichen Handlungen und deren Folgen die richtigen Entscheidungen treffen.

Viele Menschen aus unsere Mitte sind aktuell beruflich besonders gefordert, der Dienst an den Betroffenen, die Bereitschaftsdienste, die jeweiligen Fachämter, Apotheker und Entscheidungsträger in den jeweiligen Funktionen. Ihnen gilt es Danke zu sagen!

Bleibt unter euch oder dort wo ihr gebraucht werdet und helft mit, die Übertragung zu verhindern!



WIR HALTEN ZUSAMMEN

Unser Land erlebt durch Corona eine schwierige Phase, die uns alle beansprucht. Angst und Panik sind aber unbegründet und helfen nicht weiter. Was zählt, ist ein umsichtiges und entschlossenes Krisenmanagement. Deutschland ist gut vorbereitet. Und es geht um Solidarität, für einander da sein, konkret helfen in der Nachbarschaft oder Familie. Kurz: Wir halten zusammen!

Weitere Informationen findet Ihr unter www.spd.de

"Versöhnung schafft Frieden" – Gedenken am 7. März 2020

Christine Walther

Unter dem Motto "Versöhnung schafft Frieden – Gedenken am 7. März 2020" hat das Netzwerk Gelebte Demokratie in diesem Jahr zu einem Stadtspaziergang aufgerufen. Rund 200 Teilnehmer waren gekommen. Darunter waren überraschend auch SPD-Mitglieder aus Wittenberg und sogar aus Köthen konnte ich engagierte Bürger begrüßen.

In diesem Jahr jährte sich zum 75. Mal das Gedenken an die Zerstörung der Stadt.

Der Rundgang begann am neues Bauhausmuseum. Nach einer kurzen Begrüßung startete der Rundgang und es gab einen Zwischenstopp am Denkmal für die Opfer des Faschismus. Über die Museumskreuzung ging es zur Stele an der Jüdischen Gemeinde in der Kantorstraße. Dort hatte bereits im vergangenen Jahr der erste Spatenstich für den Bau einer neuen Synagoge stattgefunden. Das kann man noch mal auf Schautafeln betrachten. Dann ging es weiter zur Marienkirche, wo man sich etwas aufwärmen konnte. In der Marienkirche fand die Ausstellungseröffnung "Dessau in Trümmern" statt, die noch bis zum 25.9.2020 zu sehen ist. Weiterhin gab es noch eine szenische Lesung von Zeitzeugen, die sich an die Bombennacht erinnerten. Dann ging es weiter zum Liborius-Gymnasium, zur Johanniskirche und dem Anhaltische Theater. Auf meinem Rückweg kam ich an der Stiftung Bauhaus vorbei, wo ein organisiertes Nachbarschaftsfest stattfand. Witzig fand ich das Ballspiel auf dem Bauhausplatz mit Musik.

Ich freue mich, dass ich an dem Tag viele SPD-Mitglieder getroffen habe und möchte allen danken für ihr Engagement.







Informationspolitik

Christine Walther

Es gibt Dinge über die keiner spricht, die aber die Gesellschaft beeinflussen und letztlich auch das Zusammenleben.

Die Medienwelt ist momentan einem starken Veränderungsprozess unterworfen. Die jungen Menschen lesen kaum noch Zeitung oder sehen auch keine Nachrichten im Fernsehen. Viele Bürger haben ihre Tageszeitung abbestellt aus Frust über die teilweise einseitige Darstellungsweise politischer Geschehnisse. Viele sagen, auch sie müssten sparen. Die täglichen Nachrichten kann man natürlich kostengünstiger auch aus dem Radio oder dem Internet entnehmen. Nun ist es aber so, dass viele Beiträge auch Geld kosten. Aus diesem Grund weichen wiederum viele Leser auf kostengünstige Angebote aus. Leider gibt es da auch die unterschiedlichsten Möglichkeiten, nur sind diese nicht immer seriös. Mir ist bei einigen Veranstaltungen aufgefallen, dass einige Bürger russische Sender hören, die in deutscher Sprache ausgestrahlt werden.

Dazu habe ich gleich mal aus Wikipedia etwas kopiert:

"RT, bis 2009 Russia Today, ist ein am 10. Dezember 2005 vom russischen Staat gegründeter und staatlich finanzierter Auslandsfernsehsender mit weltweitem fünfsprachigen Programm, zu dem Nachrichtenformate, Talkshows, Debatten und Dokumentationen gehören. Der Hauptsitz ist Moskau. Es gehört zu TV Novosti, das zusammen mit Ruptly, Sputnik und RT Teil des Medienunternehmens Rossija Sewodnija (Russland heute) ist. RT hatte 2012 weltweit etwa 2000 Mitarbeiter."

Das scheint sich bereits in Ostdeutschland herumgesprochen zu haben.

Die Frage, woher nimmt der russische Staat das Geld, um sich so ein großes Imperium zu halten? Was setzt Deutschland dagegen? Unterschätzen wir die Informationsflut aus Moskau?

Hier auch mal ein Link, wo der menschengemachte Klimawandel geleugnet wird:

https://www.anti-spiegel.ru/2020/menschengemachter-klimawandel-wie-einig-ist-sich-die-wissenschaft-wirklich/

Durch die immer unterschiedlicheren Informationsquellen besteht auch in der Gesellschaft ein unterschiedlicher Informationsstand. Aus diesem Grund bin ich auch unbedingt dafür, die öffentlichrechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender beizubehalten, obwohl es da auch einige Kritikpunkte gibt. In den Abendsendungen laufen zu viele brutale Kriminalfilme oder zu seichte Spielfilme. Die wirklich interessanten Diskussionsrunden oder sehenswerte Spielfilme kommen viel zu spät.

Es ist nicht immer leicht für Journalisten an spezielle Informationen zu kommen. In Krisen- und Kriegsgebieten ist es nicht immer einfach, die Wahrheit zu erfahren. Die Umstände z.B. in Syrien sind sehr komplex und alles zu durchschauen braucht mitunter Zeit.

Leider hat auch niemand nach der Wende gelernt, wie man seriöse von unseriösen Nachrichten unterscheidet und wie man Fake News erkennt. Aufklärung im Fernsehen erfolgt zwar, wird aber von denen nicht gesehen, für die sie bestimmt ist. Ich wünschte mir auch mehr Bildungsfernsehen.

Erschreckt hat mich ein Artikel bei T-Online:

"Laut einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung glaubt fast jeder zweite Deutsche, es gebe geheime Organisationen, die Einfluss auf die Politik nähmen. Immerhin knapp jeder Dritte glaubt, Politiker und andere Führungspersönlichkeiten seien Marionetten von dahinterstehenden Kräften."

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_85638972/studie-in-deutschland-ein-drittel-der-menschen-haelt-politiker-fuer-

marionetten.html?fbclid=IwAR0rKcBvqDP2CX4tfyCFhMQl5K20xY2DLb -OMSIZMhtS0DCZ VTbV48 a0

Was wir brauchen, sind Bürger, die allseitig gebildet sind, sich politisch interessieren und sich kritisch mit den Gegebenheiten auseinandersetzen. Vielleicht sollten wir das Thema auch mal in den Ortsvereinen besprechen?



Den Geburtstagskindern im April herzlichen Glückwunsch!!

Hans-Christian Sachse, Michael Köckert, Ingeborg Arnold, Dirk Günther, Holger Pflug, Daniela Koppe, Jan Mußmann, Stefan Kapitzke und Jan Brademann



Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite https://www.spd-dessau-rosslau.de/ zum Download bereit.

Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau. **Postadresse:** Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau. **Redaktion:** Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke,

Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche

Einsendungen bitte an: hallo@derrotespatz.de Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Termine

Durch die Corona-Krise werden im April sicherlich alle geplanten Ortsvereinstermine ausfallen müssen.

SPD-OV-Süd, auf Einladung

SPD-OV-Roßlau, Di., 21.04.2020, 18:30 Uhr

SPD-OV-SiZiKü, auf Einladung

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de